Jürgen Klocke, Redaktion AWV-Informationen

Exklusiv-Interview mit Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer MdB, Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration

Frau Staatsministerin, Sie sind Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. In einer Erklärung der Bundesregierung heißt es, die „Integration der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland ist eine Schlüsselaufgabe der Bundesregierung". Was heißt das und wie wird diese Schlüsselaufgabe wahrgenommen?

Prof. Dr. Maria Böhmer: Deutschland wird vielfältiger. Während die Bevölkerungszahl insgesamt sinkt, steigt der Anteil der Migranten. Mittlerweile leben rund 16 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien bei uns, mehr als die Hälfte von ihnen hat die deutsche Staatsbürgerschaft. Jedes dritte Kind unter 5 Jahren hat einen Migrationshintergrund. Für den Zusammenhalt unseres Landes ist es entscheidend, die Chancen der Migranten auf gleiche Teilhabe zu vergrößern. Für die Bundesregierung steht Integration als Schlüsselaufgabe seit 2005 ganz oben auf der Agenda. Bis dahin fand Integrationspolitik in Deutschland praktisch nicht statt. Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt hat Bundeskanzlerin Angela Merkel umgesteuert. Das Amt der Integrationsbeauftragten wurde im Bundeskanzleramt verankert. Die Integrationsgipfel und die Deutsche Islamkonferenz sind weitere Belege für den hohen Stellenwert des Themas Integration für die Bundesregierung.

Darüber hinaus wurde mit dem Nationalen Integrationsplan das erste integrationspolitische Gesamtkonzept vorgelegt. Die dort festgehaltenen Maßnahmen und über 400 Selbstverpflichtungen haben eine intensive Debatte über ein gutes Miteinander in unserem Land angestoßen und die Integration entscheidend vorangebracht. Auf den Großbaustellen der Integration, dem Spracherwerb, der Bildung und Ausbildung sowie dem Arbeitsmarkt gibt es deutliche Fortschritte. Unser großes Engagement bei der Schlüsselaufgabe Integration trägt Früchte.

Am 31. Januar 2012 wurde auf dem 5. Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt der Nationale Aktionsplan Integration vorgestellt. Was beinhaltet dieser Aktionsplan und gibt es schon erste Ergebnisse?

Prof. Dr. Maria Böhmer: Der Nationale Aktionsplan Integration knüpft an den Nationalen Integrationsplan an und entwickelt ihn weiter. Wie schon der Integrationsplan steht auch der Aktionsplan für das Dialogprinzip bei der Integration: Wir reden nicht übereinander, sondern miteinander. Konkret bedeutet dies: Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Sport, Kultur, Medien, Religionsgemeinschaften und mehr als 30 Migrantenorganisationen haben bei der Erstellung des Aktionsplans mitgewirkt. Zu insgesamt 11 Themenfeldern wurden Maßnahmen und Zielvorgaben erarbeitet, die überprüfbar und messbar sind. Dadurch wird Integration verbindlicher als jemals zuvor!

Inhaltlich im Mittelpunkt stehen erneut die Bereiche Sprache, Bildung und Ausbildung sowie Arbeitsmarkt. Neue Schwerpunkte sind die Themen „Migranten im öffentlichen Dienst" und „Gesundheit und Pflege". Die interkulturelle Öffnung zieht sich wie ein roter Faden durch den Aktionsplan. Darüber hinaus leiten wir mit dem Aktionsplan einen Paradigmenwechsel ein: weg von zeitlich befristeten Projekten – hin zu Regelangeboten. Dazu gehört das Ziel, den Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst zu erhöhen. Wir brauchen mehr Migranten als Erzieherinnen oder als Lehrkräfte, bei Polizei und Feuerwehr und in Behörden.

Ein weiteres Beispiel für strukturelle Veränderungen liefert der Sport: Der Bund hat sich verpflichtet, die Richtlinien zur Spitzensportförderung zu ändern. Zuwendungsempfänger müssen künftig nachweisen, dass sie das Thema Integration besonders in den Blick nehmen, beispielsweise durch interkulturelle Schulungen von Trainern. Bei der Umsetzung des Aktionsplans sind die Fortschritte bei der Integration großer Ansporn:

- In allen Ländern gibt es mittlerweile nahezu flächendeckend Sprachfördermaßnahmen in Kindergärten. Der Bund unterstützt den Ausbau der Sprachförderung in 4000 Schwerpunkt-Kitas mit 400 Millionen Euro.
- Die Erwerbslosenquote bei Migranten ist von 18,1 Prozent im Jahr 2005 auf 11,8 Prozent im Jahr 2010 zurückgegangen.
- Immer mehr Arbeitgeber setzen auf die gezielte Ausbildung und Beschäftigung von Migranten. Bundesweit haben bereits über 1300 Unternehmen und Insti-

tutionen mit mehr als 6 Millionen Beschäftigten die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet.

Der Nationale Aktionsplan Integration wird die Chancen von Migranten auf gleiche Teilhabe weiter erhöhen.

Integration ist keine Aufgabe des Bundes allein. Länder, Gemeinden, ja die ganze Gesellschaft sind in dieses Thema eingebunden. Welche Entwicklung hat die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden speziell in der Frage der Integration genommen?

Prof. Dr. Maria Böhmer: Integration gelingt nur, wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Die intensive Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden in den vergangenen Jahren hat entscheidend dazu beigetragen, dass Integration mittlerweile auf allen Ebenen die zenrale Zukunftsaufgabe ist! Eine besondere Rolle kommt den Städten, Gemeinden und Landkreisen zu. Denn Integration entscheidet sich vor Ort. Dort, wo Menschen unterschiedlichster Herkunft tagtäglich zusammenkommen: am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Nachbarschaft, im Verein. Umso erfreulicher ist das Ergebnis einer aktuellen Studie zum Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland: Danach messen 71,5 Prozent der befragten Kommunen dem Thema Integration eine sehr hohe oder hohe Bedeutung bei. Die Studie enthält drei wichtige Kernbotschaften:

- Immer mehr Kommunen machen Integration zur Chefsache.
- Der Paradigmenwechsel von der Projektförderung hin zum Regelangebot sichert die nachhaltige Förderung der Integration vor Ort.
- Integration wird zunehmend als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert – von der Kinderbetreuung bis zur Altenhilfe.

Die Vernetzung der Akteure zu intensivieren, darum geht es auch bei dem Modellprojekt “Integrationsvereinbarungen“, das ich in enger Zusammenarbeit mit bundesweit 18 Kommunen auf den Weg gebracht habe. Beratungsstellen, Jobcenter, Ausländerämter, Integrationskursträger und kommunale Behörden sind aufgefordert, verstärkt Hand in Hand zu arbeiten. Ziel ist es, dass sich Zuwanderer schnell und erfolgreich in unserem Land einbringen können. In den Vereinbarungen wird individuell festgehalten, mit welchen Voraussetzungen Zuwanderer nach Deutschland kommen, beispielsweise in Bezug auf Sprachkenntnisse und berufliche Qualifikation, und welche Hilfe sie benötigen. Anschließend werden den Zuwanderern geeignete Unterstützungsangebote vermittelt. Dazu zählt Hilfe beim Spracherwerb, bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder bei Möglichkeiten zur Kinderbetreuung. Die Integrationsvereinbarungen stehen wie der Nationale Aktionsplan für das Ziel, Integration verbindlicher zu machen.

Staatsminiserin Prof. Dr. Maria Böhmer

Welche strategischen Ziele stehen gerade angesichts eines von der Wirtschaft ausgemachten Fach- und Führungskräftemangels beim Thema Integration im Vordergrund? Gibt es Fortschritte in der Frage der schulischen und beruflichen Bildung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland?

Prof. Dr. Maria Böhmer: Der demografische Wandel und der zunehmende Fachkräftemangel sind eine große Herausforderung für unser Land. Um sie erfolgreich meistern zu können, ist es entscheidend, die Potenziale der Menschen aus Zuwandererfamilien verstärkt zu erschließen. Mit ihren Sprachkenntnissen und oft eigenen kulturellen Erfahrungen sind Migranten für Arbeitgeber ein handfester Gewinn. Damit der Fachkräftebedarf auf Dauer gesichert werden kann, ist es von zentraler Bedeutung, jungen Migranten die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben mit auf den Weg zu geben. Hierzu zählen insbesondere gute Deutschkenntnisse und ein Schulabschluss.

Unsere Anstrengungen zeigen Wirkung: Migranten holen bei der Bildung langsam auf. Immer mehr von ihnen gelingt ein mittlerer oder höherer Schulabschluss. So ist der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler, die die Schule mit einer (Fach-) Hochschulreife verlassen, von 2005 bis 2010

um insgesamt 36 Prozent gestiegen. Zugleich ging der Anteil der ausländischen Jugendlichen, die die Schule mit einem Hauptschulabschluss verlassen, leicht zurück. Allerdings ist Chancengleichheit bei der Bildung noch lange nicht erreicht: 2010 erreichte jeder dritte deutsche Schulentlassene die (Fach-) Hochschulreife (36 %). Dies gelang jedoch nicht einmal jedem sechsten ausländischen Jugendlichen (15 %).

Auch beim Übergang von der Schule in den Beruf sind weitere Kraftanstrengungen nötig. Erfreulicherweise gibt es leichte Fortschritte: So hat sich die Ausbildungsbeteiligungsquote bei ausländischen Jugendlichen von 31,4 Prozent im Jahr 2009 auf 33,5 Prozent im Jahr 2010 erhöht. Bei deutschen Jugendlichen betrug sie 65,4 Prozent. Der Unterschied ist also noch gewaltig! Um diese Schere zu schließen, ist die Förderung von jungen Migranten seit 2010 Schwerpunkt des Nationalen Ausbildungspaktes von Politik und Wirtschaft. Als Mitglied des Paktes führe ich jährliche Ausbildungs- und Elternkonferenzen durch.

Im Zusammenhang mit dem Fach- und Führungskräftemangel wird heute von „Willkommenskultur" gesprochen. Eigentlich keine neue Frage, denn jede Generation von Menschen mit Migrationshintergrund, die nach Deutschland kamen, stellte die Frage, „bin ich hier willkommen"? Was verstehen Sie heute unter einer Willkommenskultur?

Prof. Dr. Maria Böhmer: Mit Blick auf den Fachkräftemangel reicht es auf Dauer nicht aus, allein auf die Potenziale der Menschen zu setzen, die bereits in unserem Land leben. Ich bin davon überzeugt, dass wir zusätzlich auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen sind. Damit dies gelingt, muss unser Land für Fachkräfte aus aller Welt attraktiver werden. Für qualifizierte Zuwanderer ist die deutliche Botschaft notwendig: Ihr seid willkommen in unserem Land! Neben einer Willkommenskultur ist eine Kultur der Wertschätzung notwendig, die Migranten in unserem Land verstärkt als Bereicherung ansieht. Für beides steht in besonderer Weise das Gesetz zur verbesserten Anerkennung ausländischer Abschlüsse, das im April in Kraft getreten ist. Ich habe mich mit großem Nachdruck dafür eingesetzt, dass sich zugewanderte Akademiker und Fachkräfte jetzt besser mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten bei uns einbringen können. Zugleich kann unser Land die Potenziale der Zuwanderer intensiver nutzen. Das Gesetz ist ein Meilenstein für die Integration. Und ein wichtiges Zeichen des Willkommens für Fachkräfte in aller Welt: Sie können sich schon im Heimatland über die Möglichkeiten der Anerkennung ihres Berufsabschlusses in Deutschland informieren.

Zu einer gelebten Willkommenskultur gehört, die Zuwanderer vom ersten Tag an bei ihrer Integration zu unterstützen. Ein Arbeitsplatz reicht nicht aus, um sich in Deutschland heimisch fühlen zu können. Zentrale Fragen sind beispielsweise die Betreuungs- und Bildungssituation der Kinder, die Chancen für den Ehepartner auf dem Arbeitsmarkt oder die Möglichkeit zu sozialen Kontakten in der Nachbarschaft und in Vereinen. Der Integrationsbeirat, der mich bei meiner Arbeit unterstützt, hat vielfältige Vorschläge gemacht, wie Zuwanderer unmittelbar nach der Einreise begleitet werden können. Hierzu zählen beispielsweise Sprachkurse in Unternehmen oder die Einrichtung von „Welcome-Centern" in Kommunen.

Anfang des Jahres haben Sie im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Integrationsindikatorenberichts von „maßgeblichen Fortschritten" bei der Integration gesprochen. Es gibt aber auch ganz gegenteilige Auffassungen. Spaltet die Frage der Integration die Gesellschaft?

Prof. Dr. Maria Böhmer: Der von unabhängige Wissenschaftlern erstellte zweite Integrationsindikatorenbericht zeigt in der Tat maßgebliche Fortschritte bei der Integration auf. In zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens hat sich die Teilhabe der 16 Millionen Migranten in unserem Land verbessert. Auf Erfolge beim Spracherwerb, bei der Bildung und Ausbildung sowie auf dem Arbeitsmarkt habe ich schon hingewiesen. Die positive Entwicklung geht jedoch über diese Bereiche hinaus: So sind Migranten beispielsweise häufiger im Sport ehrenamtlich aktiv als noch vor wenigen Jahren. Auch erwerben Menschen mit ausländischen Wurzeln immer häufiger Wohneigentum: Die Eigentümerquote bei Migranten hat sich von 2006 bis 2010 um 17 Prozent erhöht. Dies ist ein Beleg für die steigende Identifikation mit unserem Land!

Gleichwohl gibt es nach wie vor Probleme bei der Integration und einen großen Nachholbedarf bei den Teilhabechancen von Migranten. Jahrzehntelange Versäumnisse bei der Integration lassen sich nicht in wenigen Jahren vollständig aufholen. Um einen umfassenden Blick vom Stand der Integration zu erhalten, müssen Defizite und Erfolge gleichermaßen berücksichtigt werden. Dass wir auf dem richtigen Weg sind, bestätigt auch das Integrationsbarometer 2012 des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Danach ist das Integrationsklima in der Mitte der Gesellschaft stabil. Gerade dort, wo Einheimische und Migranten im Alltag zusammenkommen, beispielsweise in der Nachbarschaft, gelingt Integration.

Vor kurzem wurde des 20. Jahrestages der fremdenfeindlichen und

rassistischen Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen gedacht. Wie würden Sie diese Ereignisse heute beurteilen? Welche Gefahr bedeutet der offene Rassismus für die Integration von Fach- und Führungskräften heute, auch vor dem Hintergrund der ermordeten Geschäftsleute und Gewerbetreibenden mit Migrationshintergrund durch rechte Terroristen in den letzten Jahren?

Prof. Dr. Maria Böhmer: Ich betone ganz deutlich: Die menschenverachtenden Ausschreitungen von Lichtenhagen sind auf offensichtliches Versagen von Polizei und Sicherheitsbehörden zurückzuführen. Aber auch die Zivilgesellschaft hat zu spät reagiert. Die Exzesse von damals sind uns eine deutliche Mahnung: Gegen Hass, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit muss konsequent vorgegangen werden. Umso erschütternder war die Aufdeckung der beispiellosen Mordserie der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund" vor einem Jahr. Für die Sicherung des Zusammenhalts in unserem Land ist es zwingend erforderlich, dass die Verbrechen umfassend aufgearbeitet werden. Gerade vor dem Hintergrund von Ungereimtheiten bei der Aufklärung sind die Sicherheitsbehörden umso mehr in der Pflicht, offensichtlichen Fehlern mit größter Sorgfalt und Hartnäckigkeit nachzugehen. Es gilt, das Vertrauen der Migranten in unseren Rechtsstaat wieder zurückzugewinnen!

Im Einsatz gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist aber auch jeder Einzelne gefordert. Jeder von uns hat es in der Hand, sich tagtäglich für Toleranz sowie ein respektvolles Miteinander einzusetzen. Eine funktionierende Zivilgesellschaft ist der beste Schutz vor Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit. Notwendig ist ein gesellschaftliches Klima, das Menschen aus Zuwandererfamilien als Bereicherung und nicht als Belastung ansieht. Wir brauchen ein verstärktes „Wir-Gefühl" in unserem Land. Die Botschaft lautet, auch mit Blick auf qualifizierte Zuwanderer aus aller Welt: Deutschland ist ein weltoffenes und tolerantes Land.

Es gibt eine kleine Minderheit von Menschen mit Migrationshintergrund, die Integration schlicht verweigert. Was schlägt Ihr Amt in einer solchen Situation vor?

Prof. Dr. Maria Böhmer: Bei der Integration lautet unser Grundsatz: Fördern und Fordern. Wir setzen alles daran, die Teilhabechancen jedes einzelnen Migranten zu verbessern. Dazu muss der Betroffene aber auch bereit sein. Integration kann nur gelingen, wenn beide Seiten an einem Strang ziehen. Von den Migranten erwarte ich, dass sie unsere Wertebasis teilen. Die im Grundgesetz verankerten Werte sind die Grundlage für das Zusammenleben in Deutschland. Dazu zählen insbesondere die Achtung der Menschenwürde, die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit sowie die Gleichberechtigung der Frau. Glücklicherweise achten und leben die allermeisten Migranten in Deutschland diese Werte. Viele Zuwanderer sind sogar bewusst wegen dieser Werte nach Deutschland gekommen.

Der kleinen Minderheit, die sich der Integration verweigern, muss deutlich gesagt werden: Das Grundgesetz gilt für alle und muss eingehalten werden! Es gibt hinreichende gesetzliche Sanktionsmöglichkeiten, beispielsweise die Kürzung von Sozialleistungen oder aufenthaltsrechtliche Konsequenzen. Wenn beispielsweise jemand trotz Verpflichtung keinen Sprachkurs besucht, kann dies nicht folgenlos bleiben. Jeder, der sich nicht an die Regeln hält, schadet der großen Mehrheit der Migranten, die sich integrieren und mit ganzer Kraft in unserem Land einbringen wollen.

Integrationsmanagement

Integration als Wirtschaftsfaktor ist im Fokus der Öffentlichkeit, nicht zuletzt aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen demografischer Entwicklung und Fachkräftemangel und den befürchteten Auswirkungen auf den Standort Deutschland. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen können ihren Fachkräftebedarf kaum sichern. Ein noch zu wenig genutztes Potenzial ist der Bereich der potenziellen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund. Hier können sich Potenziale für Wirtschaft und Verwaltung ergeben, welche soziale Probleme zu mindern versuchen und gleichzeitig zu betriebswirtschaftlichen Vorteilen führen.

AWV-Verlag Eschborn 2012, 105 S., 15,– €, AWV-Best.-Nr.: 01642 ISBN: 978-3-931193-74-4

Angesprochen sind Verantwortliche, Interessenten und Multiplikatoren aus Wirtschaftsunternehmen, aus Industrie- und Handelskammern, aus Migrantenorganisationen, aus Berufsbildungs- und Fördereinrichtungen, aus der staatlichen Verwaltung auf allen drei Ebenen und nicht zuletzt aus dem Dritten Sektor, die für Fragen des Integrationsmanagements sensibilisiert werden sollen.

Nutzen Sie die enormen Gestaltungspotenziale von Integration für die integrierende Organisation und den Integrierten und sein jeweiliges Umfeld.

Die Schrift ist seit September 2012 verfügbar. Bestellung über www.awv-net.de oder die AWV-Geschäftsstelle bei Christine Rose, Tel.: (06196) 77726-24.